

NINA KOLLEGER – PETER SEELE

MENSCHENRECHT VS. HANDELSWARE

**Eine ethische Fallstudie zu Nestlés *Creating Shared Value*-Konzept
im Licht der Einführung des
Menschenrechts auf sauberes Wasser 2010**

Nina Kollegger, Bachelor of Arts in “Politics and International Relations” an der London School of Economics, Joint Degree Masterstudium „Religion – Wirtschaft – Politik“ an der Universität Luzern; Kollegger lebt und arbeitet in Zürich.

Peter Seele, Assistenzprofessor für Wirtschaftsethik an der Fakultät für Kommunikationswissenschaften, Universität Lugano, sowie Lehrbeauftragter der Universität Basel, Zentrum für Religion, Wirtschaft und Politik.

Seit dem Jahr 2010 gibt es formal das Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung. Dennoch verfügen UN-Schätzungen zufolge noch immer knapp 900 Millionen Menschen in den Entwicklungsländern über keinen gesicherten Zugang zu sauberem Trinkwasser und müssen sich aus Wasserlöchern, Tümpeln und sonstigen Gewässern versorgen.¹ Trotz der Anerkennung als Menschenrecht wird die Trinkwasserversorgung zunehmend privatisiert und der Zugang zu sauberem Wasser erfolgt über Geld. Bedeutet diese Verknappung eine Menschenrechtsverletzung? Werden dadurch jene ausgeschlossen, die sich beispielsweise auf Grund der Armut kein sauberes Trinkwasser leisten können? Ist der Zugang zu sauberem Wasser nun ein Menschenrecht oder bloß eine Handelsware wie Limonade? Wem wird die Macht oder das Recht eingeräumt, über die Preise des Trinkwassers zu entscheiden? Der öffentlichen Hand vor Ort, der unsichtbaren Hand des Marktes oder den transnationalen Unternehmen? Haben transnationale Unternehmen, die sich im Trinkwassermarkt positionieren eine gesellschaftliche Verantwortung (*Corporate Social Responsibility*) oder sollten sie Menschenrechte als „moralisches Recht“² anerkennen? Wie wird diese Verantwortung in der Öffentlichkeit wahrgenommen?

Im Folgenden gehen die Autoren der Frage nach inwieweit das Menschenrecht auf sauberes Trinkwasser Teil der sozialen Verantwortung von Unternehmen sein kann und inwieweit sich Lösungen zwischen Privatwirtschaft

¹ R. KREIDE/M. KRENNERICH: Das Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung (2010).

² F. WETTSTEIN: CSR and the Debate on Business and Human Rights (2012).

und Öffentlichkeit entwickeln lassen. Lösungen, die sowohl den von der UN postulierten freien Zugang zu Trinkwasser anstreben sowie auch die ökonomischen Interessen von Unternehmen gewährleisten, so zum Beispiel durch Bildung von *Private-Public-Partnerships*.

1 Einleitung – Wasser als Menschenrecht

Bereits 1977, an der ersten Wasserkonferenz in Argentinien, betonte die Staatengemeinschaft zum ersten Mal, dass jeder Mensch das Recht auf Trinkwasser in ausreichender Qualität und Quantität für seine Bedürfnisse haben soll.

33 Jahre später, im Juli 2010, anerkannte die UN-Vollversammlung das Recht auf Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitären Anlagen als Menschenrecht. Bolivien legte die Resolution mit Unterstützung von 33 anderen Staaten der UN-Vollversammlung vor, die dann auch mit einer großen Mehrheit von 122 Stimmen, 41 Enthaltungen und keiner Gegenstimme angenommen wurde. Das Menschenrecht auf Wasser ist Voraussetzung für andere Menschenrechte wie das Menschenrecht auf Leben, angemessene Ernährung und ausreichende medizinische Versorgung. Für RICHARD P. HISKES bedeutet das Menschenrecht auf sauberes Wasser, „dass wir uns nicht nur mit unseren eigenen Bedürfnissen befassen müssen, sondern auch mit denen von anderen, einschließlich der in Zukunft lebenden Bevölkerung. Wasser flutet im wahrsten Sinne des Wortes den Raum zwischen Menschen in ihren Gemeinschaften, Ländern und Kontinenten; es fließt durch Raum und Zeit. [...] Wasser verbindet uns räumlich über den Globus und alle Zeiten, da wir alle, egal ob wir in der Wüste oder inmitten der Großen Seen leben, Teil der gleichen Wasserversorgung sind, der gleichen wie in Zukunft“ (Übers. d. Aut.).³

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und damit auch der Anspruch auf sauberes Wasser haben keinen völkerrechtlich bindenden Charakter und sind nicht einklagbar. Dennoch hat die Verankerung einen sehr hohen symbolischen und politischen Wert.⁴ Man kann kritisieren, dass ein nicht einklagbares, symbolisches „Recht“ kein Recht sei, da Rechtsdurchsetzung für ein Recht zwingend sei und sich mit Symbolik allein die Probleme unseres Planeten nicht lösen lassen. Bereits JEREMY BENTHAM (1748–1832) bezeichne-

³ Vgl. R. P. HISKES: *The Relational Foundation of Emergent Human Rights* (2010), S. 142: “that we be concerned not only with our own needs but with those of others, including of future persons. Water literally floods the spaces between all people in their communities, nations, and continents; it also flows through time. [...] Water connects us spatially across the globe and through time, since all of us, whether we live in the desert or amidst the Great Lakes, are part of the same water supply that persists into the future”.

⁴ General Assembly 2010, www.un.org/News/Press/docs/2010/ga10967.doc.htm (Stand: 14.05.2011).

te unveräußerliche moralische Rechte als „erhabenen Blödsinn, der wesentliche Faktoren des Menschseins ignoriert und sich auch mit der Einführung von neuen Rechten nicht ändert: ‚Wollen ist nicht das Gleiche wie Haben; Hunger ist nicht Brot‘“⁵ (Übers. d. Aut.). CHRISTOPH STÜCKELBERGER argumentiert dagegen. Der rechtebasierte Ansatz (*rights-based approach*) zur Bekämpfung der Wasserproblematik versucht aus dem Karitativen herauszuführen. Die unveräußerliche Würde jedes Menschen steht im Mittelpunkt, unabhängig von Willen und Großzügigkeit des Gebers. „Gerechtigkeit, nicht Wohltätigkeit“ ist hier die Philosophie. Die Betroffenen werden als Subjekte und nicht nur als Objekte des Handelns wahrgenommen. Dieser rechtebasierte Ansatz bringt jedoch auch Herausforderungen mit sich: „Es gibt eine erhebliche Zahl von Ländern, deren Regierungen nicht die Instrumente oder nicht den Willen haben, Recht durchzusetzen. Andere haben zwar ein Rechtssystem, das aber durch Korruption der Rechtsinstanzen weitgehend außer Kraft gesetzt ist. Damit ein rechtebasierter Ansatz in solchen Ländern greift, braucht es eine grundlegende wirtschaftliche Stärkung und politische Reinigung des Rechtssystems.“⁶

Durch die völkerrechtliche Verankerung ergeben sich drei Arten staatlicher Verpflichtungen: „*Achtungspflichten* verlangen von den Vertragsstaaten, direkte oder indirekte Eingriffe in das Recht auf Wasser zu unterlassen. [...] *Schutzpflichten* bestehen in der staatlichen Verpflichtung, den Einzelnen gegen Eingriffe in sein Recht durch Dritte zu schützen. [...] Und *Gewährleistungspflichten* verlangen von Vertragsstaaten schließlich, positive Maßnahmen zu ergreifen, um den Menschen zu ermöglichen, ihr Recht zu nutzen.“⁷ FLORIAN WETTSTEIN stellt fest, dass Menschenrechte gewöhnlich mit Institutionen wie der UN-Menschenrechtskommission oder dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte assoziiert werden. Menschenrechte sollten jedoch als „*moral concepts*“ und somit als „*moral rights*“ verstanden werden.⁸ MARTHA NUSSBAUM definiert Menschenrechte als „eine speziell dringende und moralisch gerechtfertigte Forderung, welche jeder Person bereits durch ihr Dasein als Mensch zusteht, unabhängig der Zugehörigkeit einer Nation, Klasse, des Geschlechts oder einer ethnischen, religiösen oder sexuellen Gruppe“⁹ (Übers. d. Aut.).

⁵ Vgl. J. BENTHAM, zit. in R. P. HISKES: *The Relational Foundation* (2010), S. 142: “elevated nonsense that ignores essential facts about the human condition that cannot be altered by the proclamations of new rights: ‚wanting is not the same as having; hunger is not bread”.

⁶ CH. STÜCKELBERGER: *Das Menschenrecht auf Nahrung und Wasser* (2009), S. 15.

⁷ R. KREIDE/M. KRENNERICH: *Das Menschenrecht auf Wasser* (2010), S. 168.

⁸ F. WETTSTEIN: *CSR and the Debate* (2012), S. 740.

⁹ Vgl. M. NUSSBAUM: *Capabilities and Human Rights* (2002), S. 135: “an especially urgent and morally justified claim that a person has, simply in virtue of being a human adult, and independently of membership in a particular nation, class, sex, or ethnic, religious or sexual group”.

2 Wirtschaft, Ethik und Menschenrechte

Angesichts der globalen Ausweitung wirtschaftlicher Aktivitäten von transnationalen Unternehmen und des zunehmenden Rückzugs der Staaten aus der Wirtschaftslenkung ist die Bedeutung transnationaler Unternehmen für internationale Gemeinwohlbelange, insbesondere den Menschenrechtsschutz, und deren politische Partizipation zunehmend anerkannt.¹⁰ Umstritten ist dabei jedoch, ob Unternehmen allein auf freiwilliger Basis ihre selbst gesetzten Verpflichtungen als *Good Corporate Citizens* wahrnehmen können oder ob sie nicht vielmehr bestimmten Menschenrechtsstandards bindend verpflichtet sind.¹¹ Mitte der 1980er Jahre kamen menschenrechtsrelevante Themen erstmals vermehrt zur Sprache, jedoch hauptsächlich beschränkt auf die Bereiche Arbeitsrecht und Arbeitsplatz. Eine zweite Welle anfangs der 1990er Jahre startete mit den Ausbeutungs- und Kinderarbeitsdebatten, die dritte Welle folgte 2005, als die UN-Menschenrechtskommission JOHN RUGGIE als UN-Sonderbeauftragten für Menschenrechte und transnationale Unternehmen ernannte.¹²

Im März 2011 wurde RUGGIES Schrift, *Guiding Principles on Business and Human Rights: Implementing the United Nations „Protect, Respect and Remedy“ Framework* veröffentlicht.

„Unternehmen sollen Menschenrechte respektieren. Das bedeutet, dass sie vermeiden sollen, Menschenrechte zu verletzen und Menschenrechtswidrigkeiten in welche sie involviert sind, auch anzusprechen“¹³ (Übers. d. Aut.). Unternehmen sollen Menschenrechte respektieren. Diese Verantwortung besteht, unabhängig der Möglichkeiten und/oder Bereitschaft der Staaten ihrerseits, Menschenrechte zu vollziehen. Die Menschenrechte stehen über nationalem Gesetz.

Gemäß JENS MARTENS blieb der Sonderbeauftragte bereits mit seinem Bericht 2008 hinter den Erwartungen zivilgesellschaftlicher Organisationen zurück. „Mit seinem realpolitischen Ansatz eines „prinzipientreuen Pragmatismus“ (*principled pragmatism*) formulierte er, was ihm angesichts der gesellschaft-

¹⁰ A. G. SCHERER/G. PALAZZO: *Towards a Political Conception of Corporate Responsibility* (2007).

¹¹ M. SAAGE_MAASS: *Transnationale Unternehmen im nationalen und internationalen Recht* (2009).

¹² F. WETTSTEIN: *CSR and the Debate* (2012).

¹³ Vgl. J. RUGGIE: *Guiding Principles on Business and Human Rights* (2011), S. 13: “Business enterprises should respect human rights. This means that they should avoid infringing on the human rights of others and should address adverse human rights impacts with which they are involved.”

lichen Kräfteverhältnisse politisch machbar erschien, nicht aber das, was zum Schutz der Menschenrechte wünschenswert und erforderlich wäre.“¹⁴

WETTSTEIN kritisiert in RUGGIES Berichten, dass der Fokus nur auf negativen Menschenrechtsverpflichtungen liegt, das heißt, die Pflicht der Unternehmen, Menschenrechte zu respektieren („do no harm“), während alle positiven Pflichten allein dem Staat übertragen werden – ein Unterfangen, das WETTSTEIN als RUGGIES „human rights minimalism“¹⁵ bezeichnet. Weiter argumentiert WETTSTEIN, dass CSR einen relativ kleinen Einfluss auf die sogenannte „business and human rights debate“ hat. Während in der CSR-Diskussion ein wesentlicher Fokus auf die Rechte von Menschen fehlt, kommt der „business and human rights debate“ das positive Potential von Unternehmen abhandeln. Immer mehr (Wirtschafts-)Ethiker vertreten die Meinung, dass „Verantwortung proportional zur ‚Fähigkeit‘¹⁶, ‚Kapazität‘¹⁷, ‚Macht‘¹⁸, zum ‚Einfluss‘¹⁹ oder dem Potential, eine positive Auswirkung auf die Situation zu haben²⁰, wächst“²¹ (Übers. d. Aut.). WETTSTEIN stellt jedoch klar: „ich plädiere nicht für eine neue Form von ‚können bedeutet müssen‘ in meiner Argumentation. Es ist nicht das ‚können‘, das ‚müssen‘ fordert – sondern die Existenz von Menschenrechten“²² (Übers. d. Aut.).

3 Wasser als Handelsware

3.1 Die Kommerzialisierung von Trinkwasser

Die Privatisierung von Wasser ist ökonomisch und gesellschaftlich umstritten. Zahlreiche Studien untersuchten, ob privat-wirtschaftliche oder öffentlich-rechtliche Wasserversorgungen den Zugang zu Wasser besser gewährleisten – die Resultate fielen kontrovers aus. Obwohl Privatisierungsgegner immer wieder auf das Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung verweisen,

¹⁴ J. MARTENS: Prekärer Pragmatismus (2009), S. 43.

¹⁵ F. WETTSTEIN: CSR and the Debate (2012), S. 745.

¹⁶ F. WETTSTEIN: Multinational Corporations (2009).

¹⁷ D. MILLER: Distributing Responsibilities (2005); T. CAMPBELL: A Human Rights Approach (2006).

¹⁸ I. YOUNG: From Guilt to Solidarity (2003); H. JONAS: The Imperative of Responsibility (1984); S. J. KOBRIN: Private Political Authority (2009).

¹⁹ S. WOOD: The Case for Leverage-Based Corporate Human Rights Responsibility (2012).

²⁰ M. A. SANTORO: Profits and Principles (2000).

²¹ Vgl. F. WETTSTEIN: CSR and the Debate (2012), S. 753: “remedial responsibility grows proportionally to an agent’s capabilities (Wettstein 2009), capacities (Miller 2005; Campbell 2006), powers (Young 2003; Jonas 1984; Kobrin 2009) leverage (Wood 2012), or their potential in having a positive impact on the situation (Santoro 2000)”.

²² Vgl. ebd., S. 754: “I am not advancing a new form of ‘can implies ought’ in my argument; It is not ‘can’ that implies ‘ought’, but the existence of human rights.”

lässt sich gemäß UN kein Verbot von Privatisierung aus diesem Recht ableiten.²³

Ein Artikel im *World Development* untersucht die Auswirkung der Wasserprivatisierung in Bolivien. DEGOL HAILU, RAFAEL GUERREIRO OSORIO und RAQUEL TSUKADA vergleichen von 1997–2005 die Leistungen der Städte La Paz und El Alto, in denen die Wasserversorgung privatisiert wurde, mit Santa Cruz de la Sierra, einer Stadt, welche die Wasserversorgung genossenschaftlich regelt, sowie mit Cochabama, wo der Zugang zu sauberem Wasser öffentlich-rechtlich geregelt ist. Die Autoren stellten sich die Frage, ob durch die Privatisierung der Zugang zu Wasser für die in Armut lebende Bevölkerung zunahm und wie erschwinglich sauberes Wasser während der Zeit der Privatisierung war. Die Untersuchung ergab, dass „[...] unter privaten Konzessionen der Zugang zu Wasser für die einkommensschwache Bevölkerung zunahm. Die Abdeckung erhöhte sich wesentlich, hauptsächlich für das untere Quantil der Bevölkerung. Wir sehen klar eine Verbesserung im Zugang zu Wasser. Diese Resultate weisen auf eine erfolgreiche Privatisierung hin. [...] In den Städten, in denen die Wasserversorgung nicht privatisiert wurde, blieb der allgemeine Wasserzugang konstant“²⁴ (Übers. d. Aut.). Das private Unternehmen konnte zwar die Abdeckung vergrößern, erreichte jedoch nicht die mit der Regierung vereinbarten Ziele. Anstelle der für die Periode 1997–2001 geplanten 78.252 neuen Wasseranschlüsse wurden bis 2001 nur gerade 46.438 Anschlüsse installiert.²⁵

Bezüglich der Erschwinglichkeit kamen sie zu folgendem Schluss. „Ein Vergleich über Jahre betreffend Erschwinglichkeit zeigt kein Muster innerhalb der beiden Gruppen (privatisiert und nicht-privatisiert). In den Städten, in denen die Wasserversorgung privatisiert wurde, stieg die Nichtbezahlbarkeit in La Paz im untersten Quantil (von 34.8% auf 42.1% der Bevölkerung). In El Alto stieg sie auf 15.1%. In den Städten, in denen die Wasserversorgung nicht privatisiert wurde, hat Santa Cruz immer noch ein sehr hohes Niveau an Nichterschwinglichkeit (73.1%) während in Cochabama eine signifikante Verbesserung im ärmsten Quantil sichtbar wurde (jener Teil der Bevölkerung, der sich kein Wasser leisten konnte, fiel von 63.9% auf 23.2%)“²⁶ (Übers. d.

²³ R. KREIDE/M. KRENNERICH: Das Menschenrecht auf Wasser (2010).

²⁴ Vgl. D. HAILU/R. GUERREIRO OSORIO/R. TSUKADA: Privatization and Renationalization (2012), S. 2565: “[...] under private concessions, low-income consumers’ access to water increased. Coverage has significantly expanded, particularly for the bottom quintiles of the population. We certainly see an improvement in equitable access to water. These findings suggest a successful privatization. [...] In the cities where water provision was not privatized, overall access to water remained constant.”

²⁵ Ebd.

²⁶ Vgl. ebd., S. 2573f.: “A comparison of affordability across years reveals no common pattern within the two groups (privatized versus non-privatized). In the cities that privatized water

Aut.). Neben der Tatsache, dass die vereinbarten Ziele betreffend Abdeckung nicht erreicht wurden, beklagten sich die Haushalte zunehmend über geringen Wasserdruck, erhöhte Tarife sowie hohe Anschlussgebühren. Weiter wurde das private Unternehmen beschuldigt, den Titicaca See zu verschmutzen. Öffentliche Unzufriedenheit führte 2005 schlussendlich zum vorzeitigen Entzug der für ursprünglich 30 Jahre erteilten Konzession und zur Renationalisierung der Wasserversorgung.²⁷ Ein weiteres Problem der Trinkwasserprivatisierung ist ein gefühlter Verlust von Souveränität. Was als wertvolles nationales Wirtschaftsgut angesehen wird, fällt in die Hände von transnationalen Unternehmen. Dazu kommt, wie im Fallbeispiel von Bolivien gut sichtbar, dass von einem Besitzerwechsel oftmals zu viel versprochen und erhofft wird. Die Umwandlung eines öffentlichen Monopols in ein privates allein bringt noch keine Anreize mit sich, die ein effizienteres Handeln fördern. Eine erfolgreiche Privatisierung benötigt funktionierende gesetzliche und wirtschaftliche Institutionen, welche eine transparente Marktwirtschaft fördern und überwachen.²⁸ Die Privatisierung und Liberalisierung des Wassersektors wurde seit den 1980er Jahren eine populäre Lösung, da öffentliche Versorgungsunternehmen vermehrt als ineffizient und unfähig bezeichnet wurden, die Grundversorgung einer wachsenden Bevölkerung sicherzustellen. Schwierigkeiten der öffentlichen Versorgungsunternehmen sind auch, dass staatliche Organisationen vom Wettbewerb ausgeschlossen werden. Auch sind öffentliche Unternehmen kurzfristigen politischen Interventionen ausgesetzt und die wahren Eigentümer, die Steuerzahler, haben wenig effektive Mittel um ihre Bedürfnisse und Unzufriedenheit auszudrücken. Dazu kommt, dass der Wassersektor über spezielle Eigenschaften verfügt, die öffentliche und private Unternehmen herausfordern, wie der monopolistische Charakter und das Fehlen von Substitutionsgütern. Die Tatsache, dass Veränderungen in einem Teil des Wasserkreislaufs eine Kettenreaktion auslösen, die Verfügbarkeit und Qualität beeinflusst, erschwert die Situation zusätzlich.²⁹

Weniger Aufmerksamkeit als das Engagement transnationaler Wasserkonzerne erregen die Aktivitäten mittlerer und kleiner im Sektor tätiger Unternehmen. „Weltbank-Schätzungen zufolge nehmen ein Viertel der städtischen Bevölkerung in Afrika Dienstleistungen kleiner privater Wasseranbieter in

provision, the non-affordability rate has increased in La Paz among the lowest quintile (from 34,8% to 42,1% of the population). In El Alto it has decreased to 15,1%. In the cities where water was not privatized, Santa Cruz still has a very high level of non-affordability (73,1%), while in Cochabamba there is a significant improvement in affordability for the poorest quintile (the share of the population unable to afford water fell from 63,9% to 23,2%).”

²⁷ Ebd.

²⁸ J. NELLIS: Privatization in Latin America (2003).

²⁹ J. A. REES: Regulation and Private Participation (1998).

Anspruch. So sind gerade Menschen in städtischen Armutsvierteln auf – oft informelle – Klein- und Kleinstunternehmer angewiesen, die in unterversorgten Gegenden Wasser zu überhöhten Preisen anbieten.³⁰

INGRID SPILLER verweist in ihrem Artikel auf CATARINA DE ALBUQUERQUE, die 2008 vom UN-Menschenrechtsrat zur unabhängigen Expertin für Menschenrechtsverpflichtungen beim Zugang zu sauberem Trinkwasser und Sanitärversorgung ernannt wurde. SPILLER erläutert, dass es sich bei der unzureichenden Trinkwasserversorgung nicht primär um ein praktisches Problem handelt, das sich mit Hilfe ausreichender Geldmittel und geeigneter Technik lösen lässt. „Vielmehr handelt es sich um ein politisches Problem, das die Demokratiefrage einer Gesellschaft berührt, denn worum es bei den Auseinandersetzungen um Trinkwasser und Sanitärversorgung letztlich geht, ist eine Neuverhandlung der Definition öffentlicher Güter.“³¹

Das zentrale Anliegen der Privatisierungsgegner besteht darin, „als „Staatsbürger“ und nicht als „Marktbürger“³² anerkannt zu werden. Während dem Staatsbürger das demokratische und einklagbare Recht auf bestimmte staatliche Leistungen zusteht, erwirbt der Marktbürger den Zugang zu solchen Leistungen durch seine Kaufkraft.“³³

3.2 Grenzen unternehmerischer Verantwortung

Im modernen Nationalstaat garantiert der Staat nicht nur zivile Rechte, sondern auch politische und soziale Rechte. Diese Kombination hat zu Legitimität, Solidarität und sozialer Wohlfahrt geführt und ermöglicht eine friedliche, stabile Gesellschaft von anonymen Individuen. In der globalen Welt ist der Einflussbereich der Staaten jedoch limitiert und *global governance* nicht mehr die alleinige Aufgabe der Staaten. Zunehmend befassen sich transnationale Unternehmen und die zivile Gesellschaft mit der Ausarbeitung und Durchsetzung von Regeln in Politikbereichen, die früher in der alleinigen Verantwortung der Staaten lag. „[...] gegeben, dass transnationale Unternehmen an öffentlichen Entscheidungsfindungen teilnehmen, Normen und Vorschriften definieren sowie eine Überwachung durch Dritte und Sanktionen bei Nichteinhalten akzeptieren, wurden sie freiwillig oder nicht, politisch verpflichtet“³⁴ (Übers. d. Aut.). Zahlreiche Transnationale Unternehmen haben einen

³⁰ R. KREIDE/M. KRENNERICH: Das Menschenrecht auf Wasser (2010), S. 171.

³¹ I. SPILLER: Das Menschenrecht auf Wasser (2009), S. 185.

³² E. ALTVATER: Was passiert, wenn öffentliche Güter privatisiert werden? (2003).

³³ I. SPILLER: Das Menschenrecht auf Wasser (2009), S. 187.

³⁴ Vgl. A. G. SCHERER/G. PALAZZO/D. BAUMANN: Global Rules and Private Actors (2006), S. 521: “[...] given that [transnational corporations] participate in public deliberation, define norms and standards, and choose to accept third-party monitoring mechanism and sanctions in case of non-compliance, they have, willingly or not, become politically engaged.”

persönlichen Verhaltenskodex erstellt und arbeiten mit NGOs und staatlichen Akteuren in sogenannten *Public-Private Partnerships* zusammen. Auch die Vereinten Nationen haben das Potential von Unternehmungen entdeckt. In vielen Fällen von Menschenrechtsverletzungen durch den Staat verhindert dessen Souveränität das Eingreifen von überstaatlichen Organisationen. Transnationale Unternehmen alleine haben durch ihre wirtschaftliche Macht die Möglichkeit, wirksam einzugreifen.

Die meisten Befürworter der Neoklassischen Ökonomie vertreten die Meinung, dass eine strikte Trennung zwischen öffentlichen und privaten Angelegenheiten bestehen müsse. Unternehmen sollten die Gewinnerzielung zur Aufgabe haben und die Rolle des Staates sei es, öffentliche Angelegenheiten zu regeln.³⁵ SCHERER, PALAZZO und BAUMANN argumentieren dagegen, dass es im Zeitalter der Globalisierung für Nationalstaaten oftmals sehr schwierig oder gar unmöglich sei, die Rechte ihrer Staatsbürger zu schützen und genügend öffentliche Güter zur Verfügung zu stellen. Viele Transnationale Unternehmen haben bereits begonnen, dort, wo Staaten scheiterten, staatsähnliche Rollen zu übernehmen, um für öffentliche Güter zu sorgen. Durch politisches Engagement ist es Unternehmen auch schon gelungen, einen höheren Standard in der Industrie zu setzen. „Diese Entwicklungen zeigen, dass es notwendig ist, die Separationsthese der Wirtschaftstheorie zu überdenken und ein integratives Konzept für Unternehmen als private und politische Akteure hervorzubringen. Es ist jedoch zu bedenken, dass – egal, wie intensiv sich Unternehmen politisch engagieren – ein Legitimitätsproblem besteht, da Unternehmen und ihre Manager weder gewählt noch demokratisch kontrolliert werden“³⁶ (Übers. d. Aut.).

Das Legitimitätsproblem wirft noch viele Fragen auf und benötigt weitergehende Forschung. Wo liegen die Grenzen unternehmerischer Verantwortung? Man kann nicht von Unternehmen erwarten, dass sie für jedes Elend der Welt Verantwortung übernehmen. Wie soll die neue politische Rolle der Unternehmen umgesetzt werden? Was sind die Konsequenzen?³⁷

WETTSTEIN geht einen Schritt weiter. Viele Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Unternehmen werden nicht von den Unternehmen selbst begangen, sondern von einer dritten Partei, die auf das Unternehmen angewiesen ist, direkt oder indirekt vom Unternehmen profitiert. Das Unterneh-

³⁵ M. FRIEDMAN/R. D. FRIEDMAN: *Capitalism and Freedom* (1962).

³⁶ Vgl. A. G. SCHERER/G. PALAZZO/D. BAUMANN: *Global Rules and Private Actors* (2006), S. 523: “These developments imply that it is necessary to reconsider the separation thesis of economic theory and to propose an integrative concept of the firm as a private and political actor. However, inasmuch as business firms engage in political activity, a legitimization issue arises because business firms and their managers are neither elected nor democratically controlled.”

³⁷ Ebd.

men mag, vom juristischen Standpunkt aus gesehen, für gewisse Handlungen nicht verantwortlich sein, wird jedoch aus ethischer Perspektive als mitschuldig angesehen. Insbesondere weist WETTSTEIN auf die *silent complicity* hin. MARGARET JUNGK vom Dänischen Menschenrechtsinstitut erklärt: „Mögen die Tätigkeiten von Unternehmen auch keinen direkten Einfluss auf Menschenrecht haben, so kann das Unternehmen trotzdem aufgefordert werden, sich für die Menschenrechte auszusprechen, wenn ein repressiver Staat die Menschenrechte seiner Bürger verletzt“³⁸ (Übers. d. Aut.). Unter Umständen werden bei Menschenrechtsverletzungen an sich unschuldige Zuschauer bereits durch Stillschweigen zu Komplizen. Schweigen kann als moralische Unterstützung oder gar Ermutigung interpretiert oder zumindest als Dulden angesehen werden.³⁹ Entscheidend beim Konzept der *silent complicity* ist die Identität – es ist ein Unterschied, ob sich verletzte, vom Staat abhängige Bürger nicht äußern oder einflussreiche, in Nähe des Missbrauchs tätige Individuen oder Unternehmen Stillschweigen bewahren. Eine moralische Zustimmung besteht dann, wenn eine Person oder Institution mit genügend Einfluss auf den Verursacher schweigt. Oft geäußerte Bedenken bestehen darin, dass Anschuldigungen gegen Menschenrechtsverletzungen als illegitimes Einmischen in die Souveränität eines Landes empfunden wird. „In Anbetracht von systematischen und fortlaufenden Menschenrechtsverletzungen haben Unternehmen die Wahl, sich zu den Menschenrechten zu bekennen oder aber Stillschweigen zu bewahren. Es ist jedoch wichtig zu verstehen, dass weder das eine noch das andere moralisch neutral ist“⁴⁰ (Übers. d. Aut.).

4 Nestlé, Menschenrechte und CSV

4.1 Fallstudie Nestlé

Die vorangegangene Erläuterung zum Thema Wasser als (nicht einklagbares) Menschenrecht sowie die Behandlung dieser Thematik durch internationale Organisationen wie die UN zeigen die Komplexität der Fragestellung: Privatwirtschaftliche Unternehmen sind in der Situation, hier einen Wachstumsmarkt durch den nicht gegebenen Zugang zu sauberem Trinkwasser zu entdecken, der aber zugleich durch die Erwartungen der Öffentlichkeit in Form der Übernahme sozialer Verantwortung in Frage gestellt wird. Um die oben be-

³⁸ Vgl. M. JUNGK, zit. in F. WETTSTEIN: *The Duty to Protect* (2019), S. 36: “Even where a company’s operations do not directly impact upon human rights issues, the company may nonetheless be called upon to speak out or act when an oppressive government violates its citizens’ rights.”

³⁹ F. WETTSTEIN: *The Duty to Protect* (2010).

⁴⁰ Vgl. ebd., S. 45: “In the face of systematic and ongoing violations of human rights, corporations can either speak out or keep silent. It is important to understand that neither of these two choices is morally neutral.”

nannten theoretischen und konzeptionellen Überlegungen an einem Beispiel aufzuzeigen, eignet sich der Fall des Schweizer Unternehmens Nestlé: Im Folgenden wird das Fallbeispiel anhand eines kurzen Abrisses zu Nestlé und Menschenrechten im Allgemeinen vorgestellt, um das von Nestlé implementierte Konzept des *Creating Shared Value* (CSV) nach PORTER und KRAMER vorzustellen und auf das Thema Trinkwasser zu übertragen. Die Studie selbst besteht im Einzelnen aus einer Medien- und Inhaltsanalyse zu Nestlé, Wasser und Menschenrechten anhand einer Stichprobe ausgewählter Medienprodukte sowie einer Analyse von Reputationsrisiken durch RepRisk.

4.2 Nestlé und Menschenrechte

Nestlé sorgt als größter Trinkwasserproduzent weltweit für Schlagzeilen und Kritik. „Perrier“, „Vittel“, „ACQUA PANNA“, „San Pellegrino“ und „Pure Life“ sind nur gerade 5 der 64 Trinkwassermarken von Nestlé Waters, der Tochtergesellschaft von Nestlé S.A. Mit 24,9 Billionen verkauften Litern beherrscht Nestlé Waters ca. 10,5% des globalen Marktvolumens.

Nestlé S.A. ist mit einem Gesamtumsatz von 109.722 Millionen Schweizer Franken (Geschäftsjahr 2010) und einem Reingewinn von 34.233 Millionen Schweizer Franken der weltweit führende Konzern für Ernährung, Gesundheit und Wellness.⁴¹ Das Unternehmen selber führt dazu aus: „Wir unterstützen voll und ganz die Grundsätze der Global-Compact-Initiative der Vereinten Nationen (UNGC) zu den Menschen- und Arbeitsrechten und wollen durch die Achtung der Menschen- und Arbeitsrechte im Rahmen unserer Geschäftstätigkeit mit gutem Beispiel vorangehen.“⁴² Gemäß den Grundsätzen des United Nations Global Compact betont das Unternehmen Nestlé, dass der Schutz der internationalen Menschenrechte innerhalb seines Einflussbereichs geachtet wird und stellt sicher, dass es sich an keiner Menschenrechtsverletzung mitschuldig macht. Das Unternehmen erwartet von all seinen Gesellschaften, dass lokale Gesetze und Bestimmungen zur Umsetzung der Menschenrechte geachtet und befolgt werden. Wo unternehmensinterne Bestimmungen strenger sind als die lokalen Gesetze, gelten die höheren Standards. Weiter tritt Nestlé für die Wahrung der Vereinigungsfreiheit und die wirksame Anerkennung des Rechts auf Kollektivverhandlungen, die Beseitigung aller Formen von Zwangsarbeit, die Abschaffung von Kinderarbeit und die Beseitigung von Diskriminierung bei Anstellung und Beschäftigung ein.

Seit November 2008 arbeitet Nestlé mit dem „Danish Institute for Human Rights“ (DIHR) zusammen, um seine Menschenrechtsrichtlinien zu überprü-

⁴¹ Nestlé, Key Figures.

⁴² Nestlé, Human Rights.

fen und Arbeitspraktiken zu beurteilen. Im Juli 2010 erhielt das DIHR das Mandat, Nestlé während zwei Jahren bei der Integration der Menschenrechte in sein Unternehmenssystem zu unterstützen.

Weiter betont Nestlé, dass das Unternehmen die „corporate responsibility to respect human rights“, erläutert in den „Guiding Principles on Business and Human Rights“ vom UN-Sonderbeauftragten JOHN RUGGIE, anerkennt. Im Jahre 2010 diskutierte Nestlé CEO PAUL BULCKE mit Prof. RUGGIE und internationalen Stakeholdern arbeitsrechts- und menschenrechtsrelevante Themen für das Unternehmen, um Menschenrechte zu fördern und sie in den Tätigkeiten und dem Einflussgebiet der Firma zu verankern.⁴³

4.3 CSV im Rahmen von CSR

Das Unternehmen Nestlé stützt sich in der Ausübung seiner unternehmerischen Sozialverantwortung auf das Konzept *Creating Shared Value* von MICHAEL E. PORTER und MARK R. KRAMER, mit dem Ziel, einen Mehrwert für Aktionäre zu schaffen und gleichzeitig einen Mehrwert für die Gesellschaft zu generieren. *Creating Shared Value* ist mehr als eine wohltätige Idee, es ist eine Geschäftsstrategie.

MICHAEL E. PORTER, Prof. für Wirtschaftswissenschaft an der Harvard Business School, wird als Vater des Konzepts *Creating Shared Value* bezeichnet. Zusammen mit MARK R. KRAMER publizierten sie den Artikel „The Big Idea – Creating Shared Value“ in der *Harvard Business Review* vom Januar/Februar 2011.

Gemäß PORTER und KRAMER befindet sich die Wirtschaft in einem Teufelskreis. Sie wurde in den letzten Jahren vermehrt für soziale, ökologische und wirtschaftliche Probleme verantwortlich gemacht. Trotz Bemühungen in *Corporate Responsibility* fiel ihre Legitimität auf einen bis dahin unbekanntem Level. Das schwindende Vertrauen in die Ökonomie veranlasst Politiker, neue Regeln einzuführen, welche die Wettbewerbsfähigkeit einschränken und wirtschaftliches Wachstum minimieren.

Das Hauptproblem liegt gemäß PORTER und KRAMER bei den Unternehmen selbst. Sie konzentrieren sich auf kurzfristige Erträge, vergessen dabei wichtige Kundenbedürfnisse und ignorieren äußere Einflüsse, entscheidend für einen Langzeiterfolg. Wie sonst könnten Unternehmen das Wohlbefinden ihrer Kunden, den Abbau natürlicher Ressourcen, entscheidend für ihre wirtschaftliche Tätigkeit und die potentielle Entwicklungsfähigkeit ihrer Bezugsquellen, übersehen? Wie sonst könnten Unternehmen denken, dass die Verlagerung ihrer Tätigkeiten in Länder mit immer noch niedrigeren Löhnen

⁴³ Ebd.

eine nachhaltige Lösung ihrer Wettbewerbsfähigkeit darstellt? Unternehmen müssen die Führung übernehmen, um Wirtschaft und Gesellschaft wieder zusammenzubringen.⁴⁴

Die Lösung liegt im Prinzip *shared value*, welches wirtschaftliche Werte in einer Art und Weise schafft, die gleichzeitig Werte für die Gesellschaft hervorbringt. *Shared value* ist nicht nur soziale Verantwortung, Philanthropie oder Nachhaltigkeit, sondern ein neuer Weg, um wirtschaftlichen Erfolg zu erzielen.

Jedes Unternehmen, das langfristig denkt und wirtschaftlich handelt, schafft Werte für Aktionäre und für die Gesellschaft, beispielsweise durch Arbeitsstellen, Steuern und wirtschaftliche Aktivitäten im Allgemeinen. *Creating Shared Value* geht jedoch noch einen Schritt weiter. Ein Unternehmen konzentriert sich auf Bereiche, in denen: a) Aktionärs- und Gesellschaftsinteresse sich überschneiden und b) Wertschöpfung für beide optimiert werden kann. Dies hat zur Folge, dass die Unternehmung Ressourcen in Bereichen investiert, in denen das Potential für gemeinsame Wertschöpfung am größten ist. Nestlé definierte in Anbetracht der Natur ihrer Geschäfte die drei Bereiche Ernährung, Wasser und ländliche Entwicklung, in denen gemeinsame Wertschöpfung in besonderem Maße optimiert werden können.⁴⁵

Eine wachsende Anzahl erfolgreicher Unternehmen hat bereits erste Schritte in Richtung *Creating Shared Value* unternommen. Neben Nestlé sind dies beispielsweise GE, Google, Intel, Johnson & Johnson.⁴⁶

4.4 CSV im Bereich von sauberem Wasser

Um langfristig erfolgreich zu sein, ist Nestlé auf Wasser für die Produktion angewiesen. Es ist daher im Interesse von Nestlé sparsam und schonend damit umzugehen. Wasser ist somit ein entscheidendes Element der gemeinsamen Wertschöpfung. Nestlé setzt sich seit Jahren für einen schonenden Umgang mit Wasser ein und konnte so die Wassernutzung in den Fabriken signifikant reduzieren.⁴⁷

Nestlé unterstützt Projekte, die den Trinkwasserzugang in ländlichen Gebieten fördern. In Indien beispielsweise baute Nestlé 71 Trinkwasseranlagen in Schulen, die rund 25.000 Schulkinder versorgen. Gleichzeitig werden die Schüler über die Notwendigkeit von sauberem Wasser und dem sparsamen Umgang damit unterrichtet.⁴⁸ In Südafrika arbeitet Nestlé auf der Suche nach

⁴⁴ M. E. PORTER/M. R. KRAMER: The Big Idea (2011).

⁴⁵ Nestlé, Creating Shared Value.

⁴⁶ M. E. PORTER/M. R. KRAMER: The Big Idea (2011).

⁴⁷ Nestlé, Our performance: direct operations.

⁴⁸ Nestlé, Der Nestlé-Bericht zum Wassermanagement 2006.

Möglichkeiten, die Nutzung der begrenzten Wasservorkommen zu optimieren, mit mehreren Organisationen zusammen. Einfache, kostengünstige Lösungen wie der Bau von Regenwassertanks und der Verschluss von natürlichen unterirdischen Quellen tragen viel zur verbesserten Wasserversorgung bei. Gleichzeitig werden die Dorfbewohner gelehrt, ihr Gemüse gemäß der *Trench Gardening*-Methode anzubauen, um so ihre eigenen Nahrungsmittel zu produzieren.⁴⁹

5 Forschungsdesign der Studie und Ergebnisse

5.1 Medien- und Inhaltsanalyse zu Nestlé, Wasser und Menschenrechte

Die Presse wird umgangssprachlich oft als „vierte Gewalt“ bezeichnet. Neben den Staatsgewalten – Legislative, Exekutive und Judikative – nehmen die Medien eine Art Kontrollaufgabe wahr. Nestlé, ein in den Medien exponiertes Trinkwasserunternehmen, wurde im Rahmen einer medienwissenschaftlichen Inhaltsanalyse untersucht.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ (NZZ), bekannt für ihren Ruf als Qualitätszeitung mit dichtem Korrespondentennetz, die Boulevardzeitung „Blick“, die nach der Gratiszeitung „20 Minuten“ die auflagenstärkste Tageszeitung der Schweiz ist, sowie die „Handelszeitung“ als führende Schweizer Wochenzeitung für Wirtschaft wurden für Materialstichproben ausgewählt. Jeweils acht Artikel pro Zeitung wurden mithilfe der Schweizer Mediendatenbank (SMD) anhand des Auswahlkriteriums „Wasser und Nestlé“ im Oktober 2011 identifiziert. Die 24 Artikel wurden nach den Kategorien soziale Verantwortung, Wasserknappheit, Privatisierung, Umsatz/Profit und Menschenrechte kodiert. Auffallend ist, dass in 20 der 24 Artikel über den Umsatz von Nestlé mit Trinkwasser berichtet wurde. Auch geplante und getätigte Übernahmen scheinen die Medien zu interessieren. Die Kategorie Privatisierung weckte am zweithäufigsten Aufmerksamkeit. Das Thema wurde beim Blick in vier Artikeln aufgegriffen, in der Handelszeitung in drei und in der NZZ in fünf Berichten. PETER BRABECKS Überzeugung, dass Wasser etwas kosten sollte, wird in mehreren Artikeln wiedergegeben. Als einzige der drei Zeitungen spricht die NZZ die wachsende Kritik an abgefülltem Wasser oder an der Verwendung von Kunststoffflaschen an. Auch die Problematik des immer knapper werdenden Wassers erhält im Blick wenig Aufmerksamkeit. In zwei der acht Berichte wurde über diese Problematik geschrieben, bei der Handelszeitung und der NZZ waren es vier Artikel. Auf die Kategorie „Verantwortung“ wird in sechs der 24 Artikel (25%) eingegangen. Die Boulevardzeitung Blick widmet dem

⁴⁹ Ebd.

Thema keine Zeile, die Handelszeitung und die NZZ gehen in jeweils drei Berichten intensiv auf das Thema ein. Die Handelszeitung interessiert sich für den *Carbon Footprint*, den Nestlé für Getränke erheben ließ, für die Kampagne Nestlé Pure Life und das gemeinsame Projekt von Nestlé, Clariant, Holcim, Syngenta und Novartis, den Wasserfussabdruck zu reduzieren.

In nur einem Artikel (NZZ vom 21.06.2008) wird Nestlés Konzept *Creating Shared Value* erwähnt. Ansonsten schreibt die NZZ über den Global Compact und das Wasser-Mandat. Mit dem Thema Menschenrechte befassen sich nur gerade drei Artikel der NZZ, die Handelszeitung und der Blick gehen in keinem Artikel auf das Thema ein. Ob dies daraus resultiert, dass viele der Artikel vor der Einführung des Menschenrechts auf Wasser publiziert wurden, oder vielleicht auch, weil die Trinkwasserdiskussion in der Schweiz nicht so sehr von der Erfahrung des Mangels geprägt ist, kann nicht beurteilt werden.

5.2 RepRisk-Studie

Die RepRisk AG ist ein führender Anbieter dynamischer Daten von zahlreichen Unternehmen und überwacht umweltpolitische, soziale und *Corporate Governance*-Gefährdungspotenziale der Unternehmen und ihrer Projekte. Täglich durchforstet RepRisk Quellen von Printmedien, NGOs, Newsletters, Websites, Regierungsstellen und Blogs in den Geschäftssprachen Chinesisch, Englisch, Französisch, Deutsch, Japanisch, Koreanisch, Portugiesisch, Russisch und Spanisch.

RepRisk erstellte einen Report über das Unternehmen Nestlé per 27. Juli 2011. Die Nachforschungen ergaben, dass sich Nestlé momentan auf Platz 5 der „most controversial companies“ im Bereich „Food and Beverage“ befindet. Über die zwei letzten Jahre betrachtet, befindet sich das Unternehmen gar auf Platz 4.

Weiter ermittelte RepRisk die Länder, in denen Nestlé über die letzten vier Jahre hinweg am meisten kritisiert wurde. Auf Platz eins steht Indonesien, dicht gefolgt von den Vereinigten Staaten von Amerika.

5.3 Nestlé und NGOs

Neben den Medien, als Spiegel der Öffentlichkeit, wurde auch die entwicklungspolitische Einstellung von sechs Schweizer Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in Bezug auf Wasser untersucht. Die Auswahl fiel auf das katholische Hilfswerk „Fastenopfer“, „HEKS“, das Hilfswerk der Evangelischen Kirche, „World Vision“, „Erklärung von Bern“ (EvB), „HELVETAS Swiss Intercooperation“ und den „WWF“.

Alle sechs Organisationen haben eine ähnliche entwicklungspolitische Einstellung in Bezug auf Süßwasser. Einheitlich anerkennen sie das Recht auf Wasser als Menschenrecht und sehen Wasser als öffentliches Gut. Zusätzlich hat das Recht auf Wasser für die beiden kirchlichen NGOs HEKS und Fastenopfer eine religiös geprägte Bedeutung. HEKS sieht das Wasser als integralen Bestandteil der Schöpfung⁵⁰ und das Fastenopfer betont, dass jeder Mensch als Geschöpf Gottes ein Recht auf Wasser habe⁵¹.

Zum Thema Privatisierung des Wassers nehmen außer World Vision alle Organisationen auf ihrer Homepage Stellung. HEKS spricht sich gegen eine Privatisierung aus, da Wasser eine Gabe Gottes sei. Fastenopfer ist ebenfalls gegen eine Privatisierung, da diese die Abhängigkeit der betroffenen Bevölkerung verstärken würde. Die Erklärung von Bern ist der Ansicht, dass eine Privatisierung zu massiven Preiserhöhungen führen würde und spricht sich deshalb dagegen aus. HELVETAS Swiss Intercooperation und WWF vertreten die Meinung, Kontrolle und Verantwortung müssen durch die öffentliche Hand übernommen werden, Unternehmen sollten jedoch aktiv mitwirken⁵². Zusammenfassend kann gesagt werden, dass alle Organisationen, die überhaupt auf ihrer Homepage zum Thema Privatisierung Stellung nehmen, sich wohl einheitlich, wenn auch aus verschiedenen Gründen, dagegen aussprechen.

Auch äußert sich die HELVETAS Swiss Intercooperation zur Frage, ob Trinkwasser etwas kosten sollte. HELVETAS Swiss Intercooperation vertritt die Meinung, jedem Menschen sollten 50 Liter sauberes Wasser pro Tag zur Verfügung stehen, um ein Leben in Würde zu führen. Der darüber hinausgehende Verbrauch sollte kostenpflichtig sein, um Verschwendung vorzubeugen.⁵³

Die „Erklärung von Bern“ betont mehrfach die akute Wasserknappheit. Gründe dafür sind die stark wachsende Weltbevölkerung, die Urbanisierung und der steigende Pro-Kopf Wasser-Verbrauch der Industrieländer. 70% des gesamten Süßwasserverbrauchs fließen in die Landwirtschaft, 20–25% in die Industrie. Eine Privatisierung des Wassers stellt für die „EvB“ jedoch keine Lösung dar, da die Privatisierung des Wassersektors zu massiven Preiserhöhungen führe, worunter hauptsächlich die Ärmsten der Welt zu leiden haben. Auch seien Unternehmen lediglich bereit, in den städtischen Gebieten zu investieren, die weniger rentabel, meist ländlichen Gebiete würden hingegen dem Staat überlassen werden. Lokale Regierungen haben durch dieses ungleiche Machtverhältnis nicht die Möglichkeit, die Wasserkonzerne sozial- und

⁵⁰ HEKS 2009.

⁵¹ Fastenopfer 2010.

⁵² WWF 2010.

⁵³ helvetas 2007.

umweltverträglich zu regulieren. Zudem erwarten Privatunternehmen von der öffentlichen Hand finanzielle Garantien, um ihre eigenen Risiken zu minimieren. Die Regierung verliert somit die Kontrolle, muss aber weiterhin für die Finanzgarantien einstehen. Die angeblich versprochenen, niedrigeren Preise und die Effizienzsteigerung durch die Privatisierung sehen in der Realität anders aus. Je größer der Wasserverbrauch ist, umso höher fallen die Gewinne für die Unternehmen aus, was den Anreiz der Verschwendung weiterhin steigert. Die „Erklärung von Bern“ fordert daher von den Regierungen, dass Wasser sowie alle öffentlichen Dienstleistungen nicht als Handelsware betrachtet, sondern als öffentliche Güter geschützt werden.⁵⁴

Auch die Flaschenwasserindustrie wird von der „EvB“ stark kritisiert. Begnügten sich Marktführer wie Nestlé bis vor wenigen Jahren mit den reichen Ländern, haben sie nun auch die Entwicklungsländer entdeckt. Öffentlichen Wasserversorgungen ist es oft nicht möglich, einwandfreies Trinkwasser zur Verfügung zu stellen, wovon die Flaschenwasserhersteller profitieren. Nestlés speziell entwickeltes „Pure Life“ mag wohl nach westlichen Maßstäben billig sein, stellt jedoch für die Bevölkerung in armen Staaten einen kaum bezahlbaren Luxus dar. Dazu kommt, dass die Gefahr besteht, dass Regierungen noch weniger bereit sind, in die lokalen Wasserversorgungen zu investieren.

Weiter kritisiert die „EvB“, dass die Wasserhersteller jährlich 1,5 Millionen Tonnen Kunststoff verbrauchen und die Wasservorräte rücksichtslos ausbeuten. Anders als in der Öl- und Holzindustrie, wird im Wassermarkt oftmals nicht die Fördermenge verrechnet, sondern nur eine einmalige Lizenzgebühr erhoben, was die Wasserausbeutung weiter anheizt.⁵⁵

6 Diskussion der Ergebnisse und Implikationen

Die Rolle des Staates verändert sich, insbesondere vor dem Hintergrund der Globalisierung. Zivilgesellschaftliche wie auch privatwirtschaftliche Akteure werden vermehrt in neue politische Steuerungsformen miteinbezogen. „Das Menschenrechtsregime muss sich diesen Herausforderungen stellen, indem die damit verbundenen Chancen und Probleme reflektiert und für einen effektiveren Menschenrechtsschutz genutzt werden.“⁵⁶

Trinkwasser, ein Menschenrecht, sollte für jeden erschwinglich sein und die Versorgung vom Staat reguliert werden. Die 884 Millionen Menschen weltweit, die nicht über ausreichend sauberes Trinkwasser verfügen, beweisen, dass dies leider nicht der Fall ist. Auch die Tatsache, dass jährlich 1,5 Mil-

⁵⁴ Erklärung von Bern 2004.

⁵⁵ Erklärung von Bern 2003.

⁵⁶ B. HAMM/CH. SCHEPER: Politische Steuerung in Zeiten der Globalisierung (2009), S. 10.

tionen Kinder an Durchfallerkrankungen durch unsauberes Wasser sterben, schreit nach Handlung. Jede Unterstützung ist dringend notwendig, auch die von privaten Unternehmen.

Aus ethischer Sicht ist nicht nachweisbar, ob und wie die Öffnung der Handelsgrenzen oder umgekehrt der Protektionismus Menschenrechte einschränkt oder fördert. Beide Ansätze sind daran zu messen, ob sie langfristig besser und kostengünstiger Zugang zu Wasser ermöglichen, ohne negative Auswirkungen auf Umwelt, soziale und politische Stabilität zu haben.⁵⁷

Obwohl in der medienwissenschaftlichen Inhaltsanalyse nur in sechs von 24 Artikeln das Thema Verantwortung aufgegriffen wurde und sich nur gerade drei Artikel mit dem Thema Menschenrechte befassen, ist es im Rückgriff auf die hier angeführte Fachliteratur Teil der Unternehmensverantwortung, dass sich Unternehmen dieser Thematik stellen. Wie im Kapitel „Grenzen unternehmerischer Verantwortung“ erläutert, haben viele transnationale Unternehmen bereits begonnen, dort, wo Staaten scheiterten, staatsähnliche Rollen zu übernehmen, um für öffentliche Güter zu sorgen.⁵⁸ WETTSTEIN fordert weiterführend: „Multinationale Unternehmen müssen mehr tun, als Menschenrechte ‚nur‘ zu respektieren; ihr Verantwortungsbereich beinhaltet auch die Pflicht zu schützen, welche üblich nur dem Staat zugeschrieben wird“⁵⁹ (Übers. d. Aut.). Doch auch wenn die ethische Plausibilität für die moralische Pflicht zum Schutz von Menschenrechten durch Unternehmen aufgeführt wird, so ist mit diesem Theorie-Praxis-Abstand auf operativer Ebene wenig erreicht, wie der symbolische und nicht einklagbare Status von Trinkwasser als Menschenrecht zeigt. Ein praktisches Kompromissmodell könnte *Public-Private-Partnership* (PPP) darstellen. PPP sucht die Kooperation von Regierungen und privatwirtschaftlichen Unternehmen, um gemeinsam Synergien zu nutzen. PPP ist, wie auch die Privatisierung, sehr umstritten und weist zahlreiche Erfolge wie auch Misserfolge auf. Seitens der Wirtschaft wurde PPP als sehr bürokratisch kritisiert. NGOs bemängeln umgekehrt, dass die Unternehmen die Risiken auf den Staat abwälzen würden.⁶⁰

Die Kooperation zwischen Entwicklungszusammenarbeit und Privatsektor ist auch heute noch verkrampft. Für eine erfolgreiche Zusammenarbeit müssten die Entwicklungsorganisationen einerseits ihren „ideologischen Ballast“ abwerfen und andererseits müssten Unternehmen bereit sein, die Bekämpfung

⁵⁷ CH. STÜCKELBERGER: Das Menschenrecht auf Nahrung und Wasser (2009).

⁵⁸ A. G. SCHERER et al.: *Global Rules and Private Actors* (2006).

⁵⁹ Vgl. F. WETTSTEIN: *The Duty to Protect* (2010), S. 34: „Multinational companies must do more than ‘merely’ respect human rights; their scope of responsibility includes a duty to protect, which has commonly been ascribed only to the state.“

⁶⁰ CH. STÜCKELBERGER: Das Menschenrecht auf Nahrung und Wasser (2009).

der Armut auf der Basis einer soliden Ethik als Teil der Unternehmenspolitik und nicht als Teil einer PR-Kampagne zu sehen.

Viele NGOs kritisieren die Privatisierung des Wassers und sprechen sich auch gegen *Private-Public-Partnership* aus. Leider werden jedoch nur selten Alternativen vorgeschlagen. Die Alliance SUD hingegen, rief Regierungen auf, sich statt auf Partnerschaften mit Privatfirmen auf eine Stärkung der öffentlichen Wasserversorgung auf einer Non-Profit-Basis zu konzentrieren und die dafür notwendigen Investitionen über Steuereinnahmen zu finanzieren.⁶¹

GLOBAL+, die Zeitschrift einer NGO-Kooperation, verweist auf die 20:20-Initiative, die bereits 1995 am UNO-Sozialgipfel in Kopenhagen vorgestellt, aber noch nirgends in die Tat umgesetzt wurde. Die Initiative fordert Industrieländer auf, 20% ihrer Entwicklungshilfe für soziale Grundbedürfnisse zu reservieren. Die Entwicklungsländer haben im Gegenzug 20% ihres Haushalts in denselben Bereich zu investieren.⁶² Auch wenn der Zugang zu Trinkwasser folglich als Menschenrecht weiter de facto aussteht, können also in der Zwischenzeit entweder PPP oder NGO-inspirierte Kooperationsmodelle den faktischen Zugang zu Trinkwasser für diejenigen, die diesen nicht haben, besser herstellen. Zur Vermeidung von gesundheitsschädlichen oder lebensbedrohlichen Situationen hingegen wäre es mit WETTSTEIN hinsichtlich der moralischen Pflicht von Unternehmen zum Schutz der Menschenrechte geboten, wenn auch privatwirtschaftliche Unternehmen stärker engagiert wären, das Menschenrecht auf Zugang zu Trinkwasser nicht nur zur eigenen Profitmaximierung zu nutzen, sondern auch als Teil ihrer Unternehmensverantwortung zu begreifen. Der Fall Nestlé zeigt, dass mit dem *Creating Shared Value*-Konzept konzeptionelle Schritte unternommen werden.

Zusammenfassung

KOLLEGGER, NINA/SEELE, PETER: **Menschenrecht vs. Handelsware – Eine ethische Fallstudie zu Nestlés *Creating Shared Value*-Konzept im Licht der Einführung des Menschenrechts auf sauberes Wasser 2010.** ETHICA 21 (2013) 3, 221–242

Der vorliegende Artikel greift die bestehenden Diskussionen um sauberes Wasser als Menschenrecht auf und bezieht die Diskussion auf die Fragestellung nach der sozialen

Summary

KOLLEGGER, NINA/SEELE, PETER: **Human right vs. merchandise – an ethical case study on Nestlé’s *Creating Shared Value* concept in the light of the introduction of a human right to clean water.** ETHICA 21 (2013) 3, 221–242

The paper contributes to the discussion about the human right to water and sanitation with regard to the social responsibility of corporations as political actors in a glo-

⁶¹ alliancesud 2006.

⁶² alliancesud 2003.

Verantwortung von Unternehmen als deren politische Rolle in der globalisierten Welt sowie der moralischen Verpflichtung zum Schutz der Menschenrechte.

Die privatwirtschaftliche Kommerzialisierung von Trinkwasser fordert das seit 2010 bestehende Menschenrecht auf Zugang zu sauberem Wasser insofern heraus, als die Verknappung durch die Vermarktung den Zugang nicht mehr über das Kriterium Sauberkeit, sondern (auch) über den Preis limitiert. Der Aufsatz untersucht am Fallbeispiel Nestlé und des dort zur Anwendung kommenden CSR-Konzepts *Creating Shared Value*, inwieweit das Menschenrecht auf Wasser in Konflikt mit der privatwirtschaftlichen Strategie des Unternehmens steht. Untersucht werden hierbei in Form einer Medienanalyse die öffentliche Rezeption Nestlés zum Thema Wasser in der Presse sowie die sich darstellenden Reputationsrisiken durch eine Studie von *RepRisk*. Abschließend wird der Einfluss von NGOs auf Nestlé diskutiert und die Möglichkeit von *Private-Public-Partnerships*, um zu dem nicht-einklagbaren Menschenrecht auf Wasser praktische Alternativen zur Erhöhung des Zugangs zu Wasser aufzuzeigen.

Corporate Social Responsibility
Creating Shared Value-Konzept
 Fallstudie Nestlé
 Menschenrechte
 Trinkwasser /Kommerzialisierung
 Wasser als Menschenrecht
 Wirtschaftsethik

balized world and as the carriers of a moral obligation to protect human rights.

The privatization of drinking water challenges the human right to clean water established in 2010, because the accessibility is no longer limited only by the criterion of cleanness but (also) by price.

The paper analyses the potential conflict that might arise between the human right to water and the privatization of drinking water, taking as a case study the transnational company Nestlé and its *Creating Shared Value* concept.

A media analysis was conducted to investigate the public opinion and the obvious reputational risks as based on a *RepRisk* Company Report. Finally, the influence of NGOs on Nestlé is discussed as well as the possibility of *Private-Public-Partnerships* as an alternative to improve the access to drinking water.

Business ethics
 case study Nestlé
 Corporate Social Responsibility
 Creating Shared Value concept
 drinking water /commercialization
 human rights
 water as a human right

L i t e r a t u r

alliancesud 2006: Weltwasserforum Mexiko, <http://www.alliancesud.ch/de/ep/wasser/weltwasserforum-mexiko>, Stand: 30.05.2011.

alliancesud 2003: The water crisis – a cultural crisis, <http://www.alliancesud.ch/en/policy/water/water-crisis-cultural-crisis>, Stand 30.05.2011.

ALTVATER, ELMAR: Was passiert, wenn öffentliche Güter privatisiert werden? *Peripherie* 23 (2003) 90/91, 171–201.

CAMPBELL, TOM: A Human Rights Approach to Developing Voluntary Codes of Conduct for Multinational Corporations. *Business Ethics Quarterly* 16 (2006) 2, 255–269.

- Erklärung von Bern 2003: GATS und Wasser: Das große Geschäft mit dem Flaschenwasser, <http://www.evb.ch/p25002327.html>, Stand: 22.05.2011.
- Erklärung von Bern 2004: Wasser ist ein öffentliches Gut, www.evb.ch/p25002713.html, Stand: 22.05.2011.
- Fastenopfer 2010: Bodenschätze – Fluch oder Segen? Das Rohstoffgeschäft bringt Reichtum für wenige und Elend für viele, http://www.fastenopfer.ch/data/media/medien/einblick/einblick2_10_bodenschaetze.pdf, Stand: 14.05.2011.
- FRIEDMAN, MILTON/FRIEDMAN, ROSE D.: *Capitalism and Freedom*. Chicago: University of Chicago Press, 1962.
- General Assembly 2010, www.un.org/News/Press/docs/2010/ga10967.doc.htm, Stand: 14.05.2011
- Hailu, Degol/Guerreiro Osorio, Rafael/Tsukada, Raquel: Privatization and Renationalization: What Went Wrong in Bolivia's Water Sector? www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0305750X12001544, Stand: 15. Dezember 2012.
- HAMM, BRIGITTE/SCHAPER, CHRISTIAN: Politische Steuerung in Zeiten der Globalisierung: Perspektiven für den Menschenrechtsschutz. *Zeitschrift für Menschenrechte* (2009) 2, 8–25.
- HEKS 2009: Recht auf Wasser – Durst nach Gerechtigkeit, www.heks.ch/fileadmin/user_upload/domain1/2_themen/pdf/HEKS_Dossier_Recht_auf_Wasser.pdf, Stand: 24.05.2011.
- helvetas 2007: Wasser für alle! Die Herausforderung des 21. Jahrhunderts, www.helvetas.eu/global/pdf/topic/wasser/2011_Wasserbroschuere_d.pdf, Stand: 22.05.2011; www.alliancesud.ch/de/ep/wasser/downloads/Factsheet_wasser.pdf, Stand: 29.07.2013.
- HISKES, RICHARD P.: The Relational Foundation of Emergent Human Rights: From Hobbes to the Human Right to Water. *Zeitschrift für Menschenrechte* (2010) 2, 127–146.
- JONAS, HANS: *The Imperative of Responsibility. In Search of an Ethics for the Technological Age*. Chicago/London: University of Chicago Press, 1984.
- KREIDE, REGINA/KRENNERICH, MICHAEL: Das Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung: Vereinbar mit Privatisierungen im Wassersektor? *Zeitschrift für Menschenrechte* (2010) 2, 166–175.
- KOBRIN, STEPHEN J.: Private Political Authority and Public Responsibility: Transnational Politics, Transnational Firms and Human Rights. *Business Ethics Quarterly* 19 (2009) 3, 349–374.
- MARTENS, JENS: Prekärer Pragmatismus. Die Arbeit des UN-Sonderbeauftragten für Wirtschaft und Menschenrechte. Hintergrund – Kritik – Perspektiven. *Zeitschrift für Menschenrechte* (2009) 2, 41–63.
- MILLER, DAVID: Distributing Responsibilities, in: Andrew Kuper (eds.): *Global Responsibilities. Who Must Deliver on Human Rights?* New York/London: Routledge, 2005.
- NELLIS, JOHN: Privatization in Latin America, Center for Global Development Working Paper 31 (2003), http://www.cgdev.org/files/2759_file_cgd_wp031.pdf, Stand: 1. Dezember 2012.
- Nestlé, Der Nestlé-Bericht zum Wassermanagement 2006, www.nestle.com/asset-library/Documents/Reports/CSV%20reports/Water/Water_management_report_2006_German.pdf, Stand: 07.07.2011.
- Nestlé, Creating Shared Value, www.nestle.ch/de/engagement#URaqJY7ZpiY, Stand: 17. Januar 2012.

- Nestlé, Human Rights, www.nestle.com/csv/ourpeople/humanrights, Stand: 15. November 2012.
- Nestlé, Key Figures, www.nestle.com/aboutus/keyfigures, Stand: 20. November 2012.
- NUSSBAUM, MARTHA C.: Capabilities and Human Rights, in: Pablo De Greiff/Ciaran P. Cronim (eds.): *Global Justice and Transnational Politics: Essays on the Moral and Political Challenges of Globalization*. Cambridge: MIT Press, 2002, S. 117–149.
- PORTER, MICHAEL E./KRAMER, MARK R.: The Big Idea, Creating Shared Value. *Harvard Business Review* (Jan./Feb. 2011).
- REES, JUDITH A.: Regulation and Private Participation in the Water and Sanitation Sector. *Natural Resources Forum* 22 (1998) 2, 1–32.
- RUGGIE, JOHN: Guiding Principles on Business and Human Rights: Implementing the United Nations „Protect, Respect and Remedy“ Framework (2011), www.business-humanrights.org/media/documents/ruggie/ruggie-guiding-principles-21-mar-2011.pdf, Stand: 27. Dezember 2012.
- SAAGE-MAASS, MIRIAM: Transnationale Unternehmen im nationalen und internationalen Recht. *Zeitschrift für Menschenrechte* (2009) 2, 100–120.
- SANTORO, MICHAEL A.: Profits and Principles: Global Capitalism and Human Rights in China. Ithaca/London: Cornell University Press, 2000.
- SCHERER, ANDREAS GEORG/PALAZZO, GUIDO: Towards a Political Conception of Corporate Responsibility – Business and Society seen from a Habermasian Perspective. *Academy of Management Review* 32 (2007) 4, 1096–1120.
- SCHERER, ANDREAS GEORG/PALAZZO, GUIDO/BAUMANN, DOROTHÉE: Global Rules and Private Actors: Toward a new role of the Transnational Corporation in Global Governance. *Business Ethics Quarterly* 16 (2006) 4, 505–532.
- SPILLER, INGRID: Das Menschenrecht auf Wasser *Zeitschrift für Menschenrecht* (2009) 2, 178–189.
- STÜCKELBERGER, CHRISTOPH: Das Menschenrecht auf Nahrung und Wasser (2009), http://www.christophstueckelberger.ch/dokumente_d/GE_Nahrung.pdf, Stand: 23. April 2011.
- WETTSTEIN, FLORIAN: *Multinational Corporations and Global Justice. Human Rights Obligations of a Quasi-Governmental Institution*. Stanford: Stanford University Press, 2009.
- The Duty to Protect: Corporate Complicity, Political Responsibility, and Human Rights Advocacy. *Journal of Business Ethics* 96 (2010) 1, 33–47.
- CSR and the Debate on Business and Human Rights: Bridging the Great Divide. *Business Ethics Quarterly* 22 (2012) 4, 739–770.
- WOOD, STEPAN: The Case for Leverage-Based Corporate Human Rights Responsibility. *Business Ethics Quarterly* 22 (2012) 1, 63–98.
- WWF 2010: WWF Wasserprojekte – Elixier des Lebens bewahren, http://assets.wwf.ch/downloads/wwf_broschure_wasser_und_entwicklung_d_aug_2010.pdf, Stand: 14. Juni 2011.
- YOUNG, IRIS: From Guilt to Solidarity. Sweatshops and Political Responsibility. *Dissent* 50 (2003) 2, 39–44.